

Stellungnahme zum Artikel der Bürgermeister Zeitler und Riemensberger vom 06.02.2010 zum Thermenprojekt Hollerner See

Die beiden Bürgermeister bringen in ihrem Artikel zum Ausdruck, dass ein öffentlich artikulierter Standpunkt einer Korrektur zu unterziehen ist, wenn er ein irreales Bild abwirft, welches Fakten und Bewertungen verzerrt und einseitig einengt. Daran müssen sie sich messen lassen:

1. Behauptet wird, dass die Regierung das Vorhaben grundsätzlich im Einklang mit allen relevanten Belangen der Raumordnung bewertet. Tatsächlich hat die Regierung in ihrer Gesamtbewertung auch ausgeführt, dass durch das Vorhaben die Belange des Naturschutzes und der Erholung negativ berührt werden. Für das Vorhaben werden vor allem wirtschaftliche Belange angeführt. Im Vordergrund steht also nicht die Erholung, sondern der Profit. Laut den Ausführungen der Regierung von Oberbayern wird den Berechnungen des Vorhabensträgers ein Einzugsgebiet von 3,6 Mio. Einwohnern und ein Potential von ca. 5 Mio. Besuchern zugrunde gelegt. Für die Therme wird mit einem Aufkommen von etwa 800.000 Besuchern pro Jahr gerechnet.
2. Behauptet wird, dass nicht im geringsten Anlass und Notwendigkeit bestehe, hinter allem und jedem nur noch gierige Finanz-Heuschrecken zu vermuten. Tatsächlich hat uns die Finanzkrise gelehrt, nicht allem und jedem blind zu vertrauen. An internationalen Börsen wurden unvorstellbare Summen verzoockt. Am Ende musste der Steuerzahler die Risiken um den Preis einer beispiellosen Staatsverschuldung übernehmen. Die Frage ist mehr als legitim, wer beim Thermen- und Hotelprojekt im Falle einer Pleite einspringt.
3. Behauptet wird, dass die beiden Gemeinden ausschließlich die Grundstücksflächen zur Verfügung stellen. Tatsächlich benötigt ein Projekt dieser Größenordnung eine immense Infrastruktur. Darüber wird bislang überhaupt nicht gesprochen. Unklar bleibt auch, in welchem Umfang Steuereinnahmen Unterschleißheim zufließen, nachdem das Areal auf Echinger Gebiet liegt.
4. Behauptet wird, dass man in der Vergangenheit zur rechten Zeit gehandelt und die richtigen Maßnahmen gesetzt hat. Tatsächlich wurden in Unterschleißheim Großprojekte zusammen mit privaten Investoren wie das BallhausForum durchgeführt und als Erfolgsgeschichte gepriesen, die seit Jahren Verluste in Millionenhöhe einfahren. Ein Ende ist bislang nicht abzusehen. Verträge werden geheim gehalten. Auch beim Thermenprojekt werden der Öffentlichkeit nähere Informationen über die Investoren und die Finanzierung vorenthalten. CSU und SPD haben erst kürzlich einen gemeinsamen Antrag von FB, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, ÖDP und FDP im Stadtrat von Unterschleißheim auf Veröffentlichung abgelehnt.
5. Behauptet wird, dass es begrüßt werde, wenn sich Bürger aktiv in den Meinungsbildungsprozess einbringen. In der Auseinandersetzung werden jedoch Begriffe wie „Suggestieren von unsachlichen Negativszenarien“, „Bedenkenträger“, „Zukunftsverhinderer“, „völlig absurd und realitätsfremd“, „Leitmotiv einer generellen Ablehnung und Verhinderung“ oder „gefährliche Schockstarre“ verwendet. Dieser Umgangston ist inakzeptabel. Immerhin haben über 1.700 Bürgerinnen und Bürger in wenigen Tagen ein Bürgerbegehren unterstützt, das sich gegen eine rücksichtslose Bebauung und Kommerzialisierung unserer Landschaft und stattdessen für ein naturnahes Erholungsgebiet ausspricht.
6. Behauptet wird, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Dieses Totschlagsargument wurde von der CSU auch bei der 3. Flughafenstartbahn oder dem Transrapid angeführt. Vor den negativen Folgen und Auswirkungen werden grundsätzlich die Augen verschlossen. Arbeitsplätze und Natur in Zeiten der globalen Erderwärmung und des Klimawandels derart gegeneinander auszuspielen ist der falsche Weg. Eine verantwortliche und nachhaltige Politik muss beides in Einklang bringen. Das ist beim Bürgerbegehren der Fall. Mehr als 1.700 Unterschleißheimerinnen und Unterschleißheimer haben erkannt, dass ein naturnahes Erholungsgebiet die Attraktivität unseres Lebensraums weitaus mehr erhöht als ein weiteres Großbauprojekt. Ein NEIN zum Ratsbegehren und ein JA zum Bürgerbegehren ist deshalb keine Zukunftsverweigerung, sondern eine Zukunftssicherung.